

Thomas Fischer

Kolumbiens Außenbeziehungen

Der kolumbianischen Außenpolitik wurden seit jeher durch die innere Schwäche des Landes Grenzen gesetzt. Daraus folgt, daß die internationalen Beziehungen einen diskreten, wenig offensiven Charakter hatten und die meisten leitenden Themen außerdem außenbestimmt waren. Die Hegemonialmacht USA war während des ganzen zwanzigsten Jahrhunderts der wichtigste Referenzpunkt. In den folgenden Ausführungen wird versucht, einen Überblick über die Themenschwerpunkte der kolumbianischen Außenbeziehungen zu geben und deren Grundlinien aufzuzeigen.

1 Hemmnisse für eine aktive Außenpolitik im 19. Jahrhundert

Die kolumbianischen Außenbeziehungen im 19. Jahrhundert waren im wesentlichen durch drei Themenschwerpunkte gekennzeichnet: Ein erster Schwerpunkt der kolumbianischen Diplomatie lag in der staatlichen Anerkennung und der Sicherung der 1819 erlangten Unabhängigkeit. Diese Phase wurde in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit dem Abschluß von Schiffahrts-, Freundschafts- und Handelsverträgen mit den USA, Großbritannien und Frankreich abgeschlossen. Die Verträge waren außerdem eine wichtige Voraussetzung für die Ausdehnung des Außenhandels. Die Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Spanien normalisierten sich erst durch das Abkommen von 1881 (Ospina Sánchez 1988). Die Unterzeichnung der Schiffahrts-, Freundschafts- und Handelsverträge stabilisierte zwar das fragile Staatssystem gegen außen; im Inneren war der Staats- und Nationsbildungsprozeß aber noch lange nicht beendet. Mit der inneren Schwäche des kolumbianischen Staatsgebildes hängt ein zweiter thematischer Schwerpunkt der kolumbianischen Außenpolitik im 19. Jahrhundert zusammen: Weil Repräsentanten der Großmächte Großbritannien, Frankreich, USA sowie (seit 1871) Deutschland wegen Raubes und Konfiskation ausländischen Besitzes bei Bürgerkriegen¹ immer wieder intervenierten, sahen sich kolumbianische Außenminister über das ganze

¹ Neben zahlreichen Zwisten auf regionaler Ebene und ungezählten Unruhen im lokalen Bereich fanden zwischen den Unabhängigkeitskriegen von 1810-1823 und dem «Krieg der Tausend Tage» (1899-1902) überregionale Rebellionen in den Jahren 1839/40, 1851, 1859-1863, 1865, 1876, 1879, 1885 und 1895 statt.

19. Jahrhundert hinweg mit langwierigen Reparationsverhandlungen konfrontiert. Die italienische Flotte ging in den Jahren 1885 und 1898 im Zusammenhang mit dem *Caso Cerruti* sogar zweimal zur Kanonenbootpolitik über (Fischer 1995).² Ein dritter Bereich, der kolumbianische Diplomaten schwerpunktmäßig beschäftigte, war die Aufrechterhaltung eines geregelten Transportbetriebes über den Isthmus (Tyler Parks 1968: 219-394; Cavelier 1959: 64-67, 223-260, 264-307; Conniff 1992: 24-59). Die Mobilisierung Tausender zugewanderter Arbeiter aus der Karibik und permanente politisch motivierte Rebellionen beeinträchtigten den Waren- und Personentransport sowie den Bau des Isthmuskanals. Dies führte zu Friktionen mit der US-*Panama Railroad Company* und den französischen Kanal-Baugesellschaften (Tyler Parks 1968: 272-273). Um Störungen des Verkehrs zwischen Colón und Panamá-Stadt vorzubeugen, hatten sich die USA deshalb bereits im 1848 ratifizierten *Mallarino-Bidlack-Vertrag* ein Quasi-Interventionsrecht in Krisenzeiten ausbedungen (Randall 1992: 29-30). Davon machten sie — manchmal mit, manchmal auch ohne Einverständnis der kolumbianischen Nationalregierungen — im Verlaufe der häufigen Bürgerkriegswirren reichlich Gebrauch (Tyler Parks 1968: 257-261).

Eine Neuerung zur Beilegung von Konflikten mit ausländischen Mächten bestand seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts darin, daß bei scheinbar unüberwindbaren Gegensätzen zwischen Kolumbien und anderen Staaten der Streitgegenstand einem «neutralen» Drittland, etwa Spanien, den USA oder der Schweiz, zur Fällung eines Schiedsspruchs unterbreitet wurde.

Die Artikulierung einer kohärenten kolumbianischen Außenpolitik wurde während des ganzen 19. Jahrhunderts permanent durch die politische Instabilität und die regionale Zerplitterung auf die Probe gestellt. In der Phase der liberalen Hegemonie (1858 bis 1886) herrschte sogar ein föderatives Staatsmodell vor, in dem die Regelung der Beziehungen zwischen den Gliedstaaten der *Estados Unidos de Colombia* auf die gleiche Ebene wie die Repräsentation der kolumbianischen Nation nach außen gestellt wurde. Die «Quasi-Internationalisierung des innenpolitischen Raumes» (Orozco Abad 1988: 266) hatte zur Folge, daß bis 1886, als der lose Staatenbund wieder in einen Zentralstaat mit *departamentos* umgewandelt wurde, der *Secretario de lo Interior y Relaciones Exteriores* diese beiden Bereiche in Personalunion ausübte. Einen wichtigen Schritt zur Stärkung der staatlichen Autorität bedeutete der Abschluß eines Konkordates mit dem Vatikan im Jahr 1887. Dadurch wurde die Stellung der katholischen Kirche innerhalb der Gesellschaft wieder

² Beim *Caso Cerruti* handelte es sich um eine zwischenstaatliche Auseinandersetzung zwischen Kolumbien und Italien, die nach der Konfiskation des Vermögens des italienischen Großkaufmanns Ernesto Cerruti in Cali entstanden war. Cerruti wurde vom Gliedstaat Cauca und von der Nationalregierung in Bogotá vorgeworfen, sich in die Innenpolitik eingemischt zu haben.

aufgewertet (Abel 1987: 31). Sowohl die Anzahl ausländischer Weltgeistlicher als auch Ordensangehöriger im Schuldienst und in der Mission nahm daraufhin sprunghaft zu.³

2 Die Abtrennung Panamá's im Jahr 1903

Die Schwäche seiner inneren Verfassung erfuhr das Andenland schmerzhaft bei der Abtrennung des *departamento* Panamá im Jahr 1903. Seit 1899 hatten Verhandlungen zwischen Kolumbien und den USA bezüglich der Übertragung der Baurechte der *Compagnie Nouvelle*, der Nachfolgegesellschaft der 1889 gescheiterten französischen *Compagnie Universelle du Canal*, an die USA stattgefunden. Dabei verfolgte der «Koloß im Norden» das Ziel, alle Rechte für den Weiterbau unter seine ausschließliche Kontrolle zu bringen. Die Bestrebungen um eine legale Übertragung des Exklusivrechtes zerschlugen sich aber, als 1903 ein eigens einberufener Kongreß in Bogotá dem von Tomás Herrán (im Auftrage Kolumbiens) und John Hay (US-*Secretary of State*) vorbereiteten Vertragswerk seine Zustimmung versagte (Cavelier 1959: 293-307). Eine direkte Folge davon war, daß die (mehrheitlich ausländischen) Großkaufleute in Panamá-Stadt, die vom Transithandel und vom Schmuggelgeschäft entlang den zerklüfteten Küsten lebten, einmal mehr ihre unverhohlene Sympathie für die *yankees* äußerten; von deren Präsenz am Isthmus erhofften sich die Geschäftsleute stabilere Rahmenbedingungen. Die Repräsentanten der *Panama Railroad Company* sowie der *Compagnie Nouvelle* hatten schon längst geäußert, daß die Abtrennung von Kolumbien die für sie beste Lösung sei. Es bestanden personelle Verflechtungen dieser ausländischen Firmen mit den panamaischen Separatisten. Die Voraussetzungen für die Unabhängigkeit des Isthmus waren auch deshalb außerordentlich günstig, weil Kolumbien, durch den von 1899 bis 1902 dauernden Bürgerkrieg ruiniert, militärisch nicht in der Lage war, die Isthmuszone wirksam gegen einen äußeren Feind zu schützen. Der französische Ingenieur und Repräsentant der *Compagnie Nouvelle*, Philippe Bunau-Varilla, der seine Aktionen mit den abtrünnigen Rebellen abstimmte, bereitete in Washington das Terrain für eine Abtrennung vor. Am 2. November 1903 fand unter Beihilfe der in Panamá-Stadt stationierten kolumbianischen Truppen ohne großes Blutvergießen ein Aufstand der Separatisten statt; US-Marinesoldaten im Hafen von Colón sorgten dafür, daß die aus Cartagena eiligst herbeigeschickten kolumbianischen Militäreinheiten nicht nach Panamá-Stadt gelangten. Am 4.

³ 1902, 1928 und 1953 wurden jeweils unter konservativen Regierungen mit dem Vatikan Vereinbarungen getroffen und 1973 ein neues Konkordat unterzeichnet (Vásquez Carrizosa 1973).

November erfolgte die Unabhängigkeitserklärung. Am 6. November erkannten die USA offiziell den neuen Staat an und garantierten dessen Unabhängigkeit. Wenige Tage danach wurde ein Vertrag mit dem «großen Bruder» unterzeichnet, der die von den Separatisten erhoffte Souveränität des tropischen Ministaates praktisch zunichte machte (Tyler Parks 1968: 395-426; Cavelier 1959: 307-311; Randall 1992: 79-88; Conniff 1992: 63-68).

Die ersten kolumbianischen Reaktionen auf den Verlust Panamá's fielen sehr gemäßigt aus. Noch dominierte die Bewältigung des Bürgerkriegs von 1899 bis 1902 die Themenstruktur der öffentlichen Diskussion. Es fehlte an glaubwürdigen Protesten von Politikern, und trotz der offensichtlichen Beteiligung der US-Regierung wurden die diplomatischen Beziehungen zu den USA nicht abgebrochen. Selbst während der Präsidentschaftswahlen von 1904 war Panamá noch kein Thema (Arbena 1976: 130). Da sich die USA zum Protektor des künstlichen Staates Panamá aufgeschwungen hatten und die Reaktionen der europäischen Großmächte für Kolumbien enttäuschend indifferent ausfielen, hätte jede militärische Aktion zu einem von vornherein aussichtslosen Krieg mit der aufstrebenden Großmacht geführt.

Die Welle des gegen die USA gerichteten Patriotismus, die sich dann schließlich doch nach einigen Jahren ausbreitete — 1910 wurden die US-amerikanische Schule und die Gesandtschaft von Demonstranten mit Steinen angegriffen, und die *Bogota City Street Railway Company* wurde von der Lokalbevölkerung boykottiert —, war Ausdruck der eigenen Ohnmacht (Randall 1992: 91-92). Der Wegfall des Isthmus-*Departamento* und damit der Verkehrsinfrastruktur zwischen dem Pazifik und dem Atlantik bedeutete für das darniederliegende Land nicht nur eine Demütigung ersten Ranges, sondern auch den Entzug einer zuverlässig sprudelnden finanziellen Ressource.

3 Die Ausrichtung auf die USA seit 1914

Erst nach und nach begannen sich die Beziehungen zu den USA zu «normalisieren». Programmatisch dafür wird in der Literatur eine Rede des damaligen Außenministers und späteren Präsidenten Marco Fidel Suárez angesehen, in der er die Hegemonialmacht als Polarstern bezeichnete; mit dieser Metapher umschrieb er die USA als unverrückbaren Leitstern, der in der Hemisphäre ebenso kühl wie wegweisend leuchtete. Die Bestrebungen der kolumbianischen Politik hinsichtlich Panamá's zielten daher schon bald nicht mehr auf die Herstellung des *status quo ante*, sondern auf die Aushandlung einer möglichst hohen Entschädigungszahlung und auf gute Absatzbedingungen für die hauptsächlichen Exportprodukte Kaffee und Bananen (Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989a: 11). 1914 wurde der

Urrutia-Thomson-Vertrag ausgearbeitet. Als Entschädigung für die Rechte am Isthmuskanal wurden 25 Millionen US-Dollar vereinbart. Weil dies einem Eingeständnis der Urheberchaft bei der Separation Panamás gleichgekommen wäre, ratifizierte der US-Senat, der die Formulierung «aufrichtiges Bedauern» für die Abtrennung des Isthmus streichen wollte, den Vertrag erst 1921.

Kolumbien war deswegen und aufgrund der Sympathie, die deutsche Geschäftsleute im Land genossen, nicht in den Krieg gegen das deutsche Kaiserreich eingetreten. Die diplomatischen und konsularischen Kontakte mit der Weimarer Republik wurden nach dem Kriegsende und dem Sturz der Reichsregierung ohne Unterbrechung weitergeführt. Ausdruck der guten Beziehungen mit Deutschland war die Vereinbarung zur Hilfestellung bei der Reform der Universitäten, des höheren Schulwesens und der Volksschule; die Vorschläge der deutschen Experten blieben allerdings in den Schubladen des zuständigen Innenministeriums liegen (Wolff 1974: 66-67).

Nach dem Ersten Weltkrieg verhielt sich der *Tío Sam* gegenüber Kolumbien entgegenkommend, was mit dem Interesse US-amerikanischer Firmen an Erdölkonzessionen zusammenhing (Villegas 1982). Das Geld, das nun aus den USA ins Andenland einströmte und den «Tanz der Millionen» auslöste, wurde zu etwa 50 % für die Erweiterung des dürftigen Eisenbahnnetzes, sodann für die Reform des antiquierten Steuer-, Verwaltungs- und Bankensystems verwendet. Eine erste fünfköpfige Delegation unter der Leitung des Volkswirtschaftsprofessors der Princeton University, Edwin W. Kemmerer, hielt sich 1923 während der Regierungszeit Pedro Nel Ospina (1922-1926) in Kolumbien auf. Sie vermochte die Entscheidungsträger zu überzeugen, eine neue, nach internationalen Maßstäben modellierte Emissionsbank als Steuerungsinstrument des nationalen Geldkreislaufes zu akzeptieren (López 1990). Der 1923 gegründete *Banco de la República* beruhte auf Empfehlungen der US-amerikanischen Fachleute (Drake 1989: 37-39). Ein nicht weniger wichtiges Resultat der Präsenz der nordamerikanischen «Gelddoktoren» war die Herstellung des Vertrauens, das für die Vergabe von Krediten und Investitionen aus den USA notwendig war. Etwa 300 Millionen US-Dollar, davon 130 Millionen als direkte Investitionen, flossen bis 1930 ins Land. Die USA hatten damit Großbritannien als Finanzmacht abgelöst. Nordamerika kaufte in dieser Phase 80 % der Exporte (vorwiegend Kaffee) und lieferte 50 % der Importe (Drake 1989: 10-11). Als 1930 die Weltwirtschaftskrise auch in Kolumbien eine schwere Depression auslöste, holte die Regierung Enrique Olaya Herrera (1930-1934) erneut eine Mission Kemmerer ins Land, um die US-Geldgeber dazu zu bewegen, den seit Jahren rückläufigen Kapitalexport ins Andenland wieder anzukurbeln. Die Empfehlungen lauteten dahingehend, Haushaltsdefizite zu vermeiden, die die Wechselkursstabilität bedrohen

könnten, eine Exportsteuer auf Bananen zu erheben, den Besitz vermehrt zu besteuern, die Löhne der Staatsbeamten zu erhöhen und ein Gremium für die Überwachung des Zollsystems zu schaffen. Die kolumbianische Regierung hielt sich weitgehend an die Vorschläge. Nur bei der Besteuerung des Besitzes zeigte sie, weil diese Maßnahme das finanzielle Fundament der Eliten beeinträchtigt hätte, wenig Mut. Zollmauern und Peso-Abwertung begünstigten den Importsubstituierungsprozeß. Die Industrie erzielte für längere Zeit die größten Zuwächse der kolumbianischen Volkswirtschaft (Ocampo / Montenegro 1987: 219-223; Tovar Zambrano 1984: 210-222). Bei traditionellen Exportgütern aus der Landwirtschaft sowie dem Minensektor war das Andenland aber weiterhin auf ausländische Absatzmärkte, vor allem auf das immense Verbraucherpotential der USA, angewiesen. Vor diesem Hintergrund kam 1935 während der ersten Amtszeit Alfonso López Pumarejos (1934-1938) ein Abkommen mit dem «Koloß im Norden» zustande, das Handelsrestriktionen auf beiden Seiten abbauen sollte. Die USA versuchten durch den gegenseitigen Vertrag, die Handelsströme weiterhin nach Norden zu kanalisieren und damit die wiedererstarkte europäische und die aufkommende asiatische Konkurrenz auf Distanz zu halten. Für Kolumbien war der Zutritt zum größten Absatzmarkt der Welt existentiell. (Randall 1992: 159-162).

4 Militärmissionen

Während die USA auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bereits die Oberhand gewonnen hatten, setzten sie sich im militärischen Bereich weniger rasch durch. Den Ausbau, die Professionalisierung und die Ausrüstung der Armee mußten sie sich bis zum Zweiten Weltkrieg mit anderen teilen. Zwar war Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts US-Hauptmann Henry R. Lemly zur Ausbildung der Kadetten in der *Academia Militar* in Bogotá ins Land geholt worden. Doch wurde in einem weiteren Professionalisierungsschub mit Frankreich ein europäisches Land berücksichtigt. Eine dreiköpfige Expertengruppe unter der Führung von Hauptmann Emile Drouhard war mit der Aufgabe betraut, die *Escuela Militar* aufzubauen. Die 1896 nach Kolumbien entsandten Ausbilder wurden aber in der Ausübung ihrer Arbeit «gestört»; als sie sich endlich zurechtfinden, brach der «Krieg der Tausend Tage» (1899-1902) aus, und alle ihre Anstrengungen, die Grundausbildung zu verbessern, wurden zunichte gemacht. 1907 kontraktierte die Regierung Rafael Reyes (1905-1909) eine erste und 1909 eine zweite, der Nachfolger von Reyes 1912 eine dritte chilenische Militärmission. Die ausländischen Experten machten die kolumbianischen Militärs erstmals mit deutschen Prinzipien bekannt. Dazu gehörten Erziehung zu Disziplin und Gehorsam durch

häufiges Exerzieren, die Straffung der Befehlshierarchie und die Verwissenschaftlichung der Kriegsführung. (Atehortúa Cruz / Vélez Ramírez 1994: 55-86). Nachdem die Chilenen 1915 in Ungnade gefallen waren, hielten kolumbianische Regierungen Ausschau nach Ersatz. Präsident Ospina wählte die Schweiz aus. Die fünfköpfige Schweizer Delegation unter Oberst Hans Juchler legte umfassende Vorschläge zur Reform der Armee vor. Im Unterschied zur regierenden Konservativen Partei legten die Schweizer Berufsoffiziere das Schwergewicht ihrer Reformbemühungen auf die Verteidigung nach außen. Infolge der Differenzen mit dem Kriegsminister blieb ein Großteil der Änderungsvorschläge Makulatur. 1928 sahen sich die Schweizer Instrukteure wegen Schwierigkeiten mit dem Kriegsministerium sogar veranlaßt, ihre Tätigkeit aufzukündigen (Fischer 1991). Seither verpflichtete Kolumbien nur noch kleine Delegationen aus Deutschland (1929-1934, Infanterieausbildung), Großbritannien (1936-1939, Marineschule) und den USA (1938/39, Fliegerausbildung, Marine, Artillerie, Infanterie) (Valencia Tovar 1989: 325-328). Einige kolumbianische Offiziere verbesserten an Militärakademien in Frankreich und den USA ihre Ausbildung. Ein Nebeneffekt der Präsenz ausländischer Militärspezialisten war die Vermittlung von Kriegsmaterialgeschäften. Obwohl in Kolumbien das Budget enge Grenzen setzte, konnten ausländische Offiziere mit ihren Heimatländern einige lukrative Geschäfte, insbesondere bei Schiffen, Flugzeugen, Kanonen und Maschinengewehren, in die Wege leiten.

5 Der Grenzkrieg mit Peru 1932/33

Den praktischen Nutzen ausländischer Fachkräfte zur Verbesserung der militärischen Landesverteidigung erkannte man in Kolumbien erst während des *Leticia-Krieges*. Der Grenzkonflikt mit dem Nachbarland Peru in den Jahren 1932/33 wurde durch die Besetzung des einzigen wichtigen kolumbianischen Hafens am Amazonas durch einige peruanische Staatsangehörige ausgelöst. Der peruanische Diktator Luis Sánchez Cerro, der damit von Problemen mit der Opposition im Inneren ablenken wollte, autorisierte nachträglich diese Aktion und stürzte damit sein Land in einen Krieg. Die Urwaldregion war einzig wegen ihrer scheinbar unerschöpflichen Kautschukvorkommen von Bedeutung. Seit deren Entdeckung um die Jahrhundertwende hatte die Tätigkeit peruanischer Gesellschaften, die auf kolumbianischem Hoheitsgebiet einheimische Indianer unter sklavenähnlichen Bedingungen zur Kautschukgewinnung zwangen, immer wieder zu Zwischenfällen geführt.⁴ Nachdem Sánchez Cerro, der noch stur an die Überlegenheit seiner

⁴ Vgl. den Aufsatz von Thomas Fischer über die Indianervölker in Kolumbien (in diesem Band).

Armee geglaubt hatte, als seine durch die kolumbianischen Fronttruppen eingeschüchterten Soldaten längst die Flucht ergriffen hatten, einem Attentat erlegen war und eine Intervention Kolumbiens im *Völkerbund* Wirkung zu zeigen begann, war im Mai 1933 der Weg für eine friedliche Beilegung des Krieges frei (Donadio 1995; Vázquez Cobo 1985). Der für Kolumbien positive Ausgang des Grenzdisputes war in Wirklichkeit weniger auf die Überlegenheit der Armee als auf das diplomatische und militärische Zusammenspiel von Akteuren mehrerer ausländischer Nationen sowie des *Völkerbundes* zurückzuführen.

Während es seither mit Peru kaum mehr zu Unstimmigkeiten hinsichtlich der Grenzziehung kam, führten unterschiedliche Auffassungen über die territoriale Hoheit mit Venezuela und Nicaragua immer wieder zu Krisen. Venezuela verfolgte seit einem für Kolumbien günstigen Schiedsspruch der Schweiz aus dem Jahr 1922 hinsichtlich der Zugehörigkeit des Golfs von Maracaibo eine revisionistische Politik (Londoño 1990); Nicaragua möchte ein Abkommen aus dem Jahr 1928 (*Esguerra-Bacenas-Vertrag*), das die Karibikinseln San Andrés und Providencia zu kolumbianischem Staatsgebiet erklärte, am liebsten ungeschehen machen. Dieses Ansinnen wurde von Kolumbien stets zurückgewiesen (Drekonja 1982: 101-124).

6 Maßnahmen gegen nationalsozialistische Aktivitäten auf kolumbianischem Territorium

Obwohl die deutsche «Kolonie» in Kolumbien hinsichtlich der Hitlerdiktatur gespalten war und somit nicht pauschal als Gefährdung für den US-amerikanischen Hegemonieanspruch betrachtet werden konnte, zeigte sich das *State Department* seit den dreißiger Jahren zunehmend über die starken Einfluß deutscher Staatsangehöriger im kolumbianischen Geschäftsleben und deren meist gute Beziehungen sowohl zu Lokalbehörden als auch zu den nationalen Eliten beunruhigt. In der Tat gelang es Nazi-Deutschland, ehemalige Geschäftsleute für Spitzeldienste zu gewinnen. Deren Funktion bestand nicht in der Unterwanderung kolumbianischer Behörden, sondern in der Beschaffung strategisch wichtiger Informationen, etwa über die Förderung von Rohstoffen oder den Schiffsverkehr (als potentielle Objekte im U-Bootkrieg seit 1942) (Galvis / Donadio 1986: 13-38). Auch der US-Geheimdienst entwickelte eine rege Tätigkeit auf kolumbianischem Territorium. Das mit Informationsaufgaben betraute Personal in den Konsulaten wurde aufgestockt.

Man war im *State Department* 1939 zwar der Meinung, daß in Kolumbien die Stimmung eher deutschfreundlich war (Bushnell 1985: 28). Doch im Verlaufe des Krieges gelang es, Kolumbien ein klares Bekenntnis zu den Alliierten abzurufen: 1942 brach die Andenrepublik die Beziehungen mit Deutschland ab, nachdem schon

zuvor aufgrund des Angriffs auf Pearl Harbour die offiziellen Kontakte zu Japan unterbrochen worden waren.⁵ 1943 erfolgte gegen Proteste aus Kreisen der konservativen Opposition die formelle Kriegserklärung an Deutschland. Die von den USA geführten «Schwarzen Listen» dienten dazu, deutschen Besitz zu konfiszieren und zu liquidieren; deutsche Staatsbürger wurden interniert (Wolff 1974: 71-75; Bushnell 1985: 101-139). Die USA dankten die Unterstützung der als kooperationswillig und US-freundlich geltenden Regierungen Eduardo Santos (1938-1942) und López Pumarejo (1942-1945) mit der Lieferung von Militärmaterial zu Verteidigungszwecken. Insbesondere die Küstenüberwachung sollte nach Auffassung der USA verbessert werden. Wie bei anderen lateinamerikanischen Staaten leitete der Abschluß des *lend lease*-Vertrages⁶ im März 1942 eine Tradition der Militärhilfe für Loyalitätsbezeugungen innerhalb der westlichen Hemisphäre ein. Kolumbien fand sodann in den USA einen Fürsprecher für Kredite des *Banco de Exportación e Importación*. Mit dem von diesem Finanzinstitut geborgtem Geld gelang es, die Außenschuld zu reduzieren. Das private Unternehmertum genoß ebenfalls die Sympathien Washingtons, indem US-Diplomaten beim Abschluß des interamerikanischen *Convenio Cafetero* im Jahr 1940 assistierten und den kolumbianischen Exporteuren von Kaffee als Entschädigung gegen Marktverluste und Preisverfall eine verhältnismäßig hohe Einfuhrquote in die USA zugestanden (Bushnell 1985: 70-74, 106-110; Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989a: 19-23).

7 Aufnahme von Flüchtlingen

Ein wenig erforschtes, aber durchweg bedeutsames Kapitel der kolumbianischen Außenbeziehungen in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts ist die Aufnahme von Verfolgten des Naziregimes seit 1936. Das Andenland war für die vorwiegend jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und Polen zumeist nicht erste Wahl, aber insgesamt dürften immerhin rund 5 000 Immigranten eingereist sein. Die kolumbianische Regierung spielte dabei eine ambivalente Rolle: Der Außenminister Luis López de Mesa gab 1939 seinen ausländischen Dienststellen Weisung, keine weiteren Visa zu vergeben, weil Kolumbien nicht gewillt sei, mittellose Flüchtlinge aus Europa zu unterhalten.⁷ Er förderte dadurch die illegale Einreise unter

⁵ Wiederaufnahme der Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Botschaft der BRD in Bogotá nahm ihre Tätigkeit 1952 auf. Mit der DDR nahm Kolumbien 1973 diplomatische Beziehungen auf.

⁶ *Lend lease*-Verträge waren ein von den USA konzeptioniertes Instrument, mit dem Verbündeten, deren finanzielle Möglichkeiten beschränkt waren, Kriegsmaterial zur Verfügung gestellt wurde, ohne daß dieses gekauft werden mußte. Die Entrichtung einer Nutzungsgebühr genügte.

⁷ Juden und politisch Oppositionelle mußten auf ihrer Flucht oft Hab und Gut zurücklassen.

gefälschtem Namen und durch Bestechung erwirkte Papiere (Galvis / Doandio 1986: 239). Mit dieser Maßnahme setzte Kolumbien seine selektive Immigrationspolitik fort, die bereits mit dem «Gesetz 114» von 1922 begonnen hatte. Im Artikel 11 dieses Gesetzes hieß es, daß Leuten, die «durch ihre Rasse-Eigenschaften oder Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen sowie sozialen Gruppen [...] unerwünscht sind», kein Visum erteilt würde.⁸

8 Die fünfziger Jahre im Zeichen des Kalten Krieges

Nachdem die Welt in einen kapitalistischen («westlichen») und einen sozialistischen («östlichen») Teil gespalten worden war, drängten die USA in der Nachkriegszeit auf den Ausbau des amerikanischen Systems. Im Zeichen des Kalten Krieges wurde 1947 in Rio de Janeiro, sechs Monate nach der Verkündung der Truman Doktrin,⁹ von den lateinamerikanischen Nationen ein Sicherheitsabkommen unterzeichnet; das Kernstück des vom Kolumbianer Alberto Lleras Camargo redigierten *Tratado Interamericano de Asistencia Recíproca* (TIAR) war ein Beistandspakt im Falle des Angriffs auf einen der unterzeichnenden Staaten (Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989b: 31-32). Ende März 1948 trafen sich dann nord- und lateinamerikanische Staaten in Kolumbiens Hauptstadt, um anlässlich der 9. *Interamerikanischen Konferenz* das panamerikanische System auch auf ökonomischem und institutionellem Gebiet auszubauen. Die kolumbianische Delegation unter der Führung des Liberalen Carlos Lozano y Lozano betonte die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens der lateinamerikanischen Staaten. Als dringlich erachteten die Teilnehmer des Gastgeberlandes verstärkte ausländische Investitionen, die Schaffung eines Kreditinstruments, um Zahlungsbilanzschwierigkeiten auszugleichen und die Gründung eines Instituts für technische Studien (Torres del Río 1992: 74-78).

Beinahe wäre es zum Abbruch der Konferenz gekommen, denn, kaum hatten die Verhandlungen richtig begonnen, wurde mitten im Zentrum Bogotás der aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat der Liberalen, Jorge Eliécer Gaitán, der Hoffnungs-

⁸ Seit zwanzig Jahren ist Kolumbien selbst zu einem Auswanderungsland geworden. In den Vereinigten Staaten und Venezuela leben jeweils mehrere Hunderttausend Kolumbianer zumeist aus den unteren Schichten.

⁹ Die vom US-Präsidenten Harry S. Truman verkündete Doktrin verfolgte das Ziel, alle «freien Völker» zu unterstützen, die sich Unterjochungsversuchen durch bewaffnete Minderheiten oder auswärtigen Druck widersetzen. Sie leitete die Politik der «Eindämmung» kommunistischer Machtexpansion ein.

träger der mittleren und unteren Schichten, auf offener Straße ermordet.¹⁰ Innerhalb kurzer Zeit verwandelte sich die Stadt in ein Flammenmeer; öffentliche Gebäude, darunter das Außenministerium, der Justizpalast, das Innenministerium und das Kriegsministerium, wurden von einer ständig wachsenden Volksmenge angegriffen, die in den konservativen Eliten die geistigen Urheber vermutete. Der interamerikanische Kongreß mußte in andere Räumlichkeiten ausweichen. Als sich die Polizei auf die Seite des «Volkes» schlug, wurde, wie später so oft, Militär zur Niederschlagung des Aufstandes eingesetzt. Die US-amerikanische Delegation unter der Leitung des Staatssekretärs George Marshall sah sich in ihrer Angst vor dem angeblich aufkeimenden «Kommunismus» in Lateinamerika bestätigt. Auch konservative Politiker aus Kolumbien deuteten die unter der Bezeichnung *Bogotazo* in die Geschichte eingegangene Gewalterruption als Werk kommunistischer Agitation. Unter dem Eindruck der Ereignisse im Zentrum Bogotás verabschiedeten die Teilnehmer der *Interamerikanischen Konferenz* eine Resolution zur Erhaltung und Verteidigung der Demokratie in Amerika, womit sie — ohne dies explizit zu sagen — die Abwehr des Internationalen Kommunismus meinten. Am 30. April willigten die lateinamerikanischen Staaten ein, die von den USA vorgeschlagene *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) zu gründen. Zu deren Zielen gehören die Stärkung des Friedens und der Sicherheit in der Hemisphäre, die Aufrechterhaltung der Souveränität der Mitgliedstaaten und die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Randall 1992: 189-198; Torres del Río 1992: 72-101). Für Kolumbien war die OAS, deren erster Sekretär Alberto Lleras Camargo wurde, ein geeignetes Forum, um die Vorstellungen über den strikten Legalismus in den zwischenstaatlichen Beziehungen, über internationales Recht, Nichtintervention in innere Angelegenheiten und friedliche Beilegung internationaler Konflikte zu artikulieren. Seit ihrer Gründung war die OAS für viele kolumbianische Politiker eine «Schule» in internationaler Diplomatie.

Zu Beginn der fünfziger Jahre war der Antikommunismus die einigende Klammer zwischen den USA und der konservativen Regierung in Kolumbien. Das Andenland stellte seine Loyalität zur Hegemonialmacht unter Beweis, indem es die Beziehungen zur Sowjetunion abbrach und den vom US-amerikanischen Geheimdienst initiierten Sturz der sozialreformerisch gesinnten Regierung Jacobo Arbenz Guzmán in Guatemala 1954 nachträglich guthieß (Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña: 1989b: 38). In Ermangelung einer breiten Legitimität der Regierungen der fünfziger Jahre und beunruhigt durch die Tatsache, daß sich seit dem *Bogotazo* die Gewalt auch auf dem Land wie ein Flächenbrand ausdehnte, intensivierten die USA die im Zweiten Weltkrieg begonnene militärische Kooperation. Mit 18,3 Millionen US-Dollar

¹⁰ Vgl. den Aufsatz von W. John Green über kolumbianische Volksbewegungen und Massenmobilisierungen (in diesem Band).

zwischen 1950 und 1957 wurde Kolumbien im *Mutual Security Program* der Truman- und Eisenhower-Administration zu den bevorzugtesten Militärhilfeempfängern in Lateinamerika. Marine- und Luftwaffenmissionen nahmen ebenso wie Militärattachés ihre Tätigkeit auf. Als 1952 der kolumbianische Kriegsminister José María Bernal die der Landesverteidigung zuge dachte US-Hilfe zur Bekämpfung der «inneren Gefahr», d. h. der liberalen Guerrilla, verwenden wollte, legten die USA ihr Veto ein (Randall 1992: 198-207). Erst in späteren Jahren, als linke Guerrilla-Gruppen mit sozialrevolutionären Zielen ihre Tätigkeit aufnahmen, lieferten sie großzügig Waffen zur Bekämpfung der «Subversiven».

Eine groteske Episode der militärischen Beziehungen von Kolumbien mit den USA stellte die Teilnahme am Koreakrieg auf US-Seite dar. Kolumbien folgte als einziges lateinamerikanisches Land dem Aufruf des Sicherheitsrates der UNO zur «Eindämmung» der kommunistischen Gefahr in Asien. Es entsandte Infanterietruppen und eine Fregatte mit dem Namen «Almirante Patilla». Das kolumbianische Infanteriebataillon «Colombia» wurde in die XXIV. Infanteriedivision der USA integriert. In Südkorea hatte es am 7. August 1951 im Gedenken an die heroische *Batalla de Boyacá*¹¹ seinen ersten Einsatz. Beim Abzug im Jahr 1953 lautete die traurige Gesamtbilanz: 131 Tote, 428 Verletzte, 69 Verschwundene und 28 in Kriegsgefangenschaft geratene Kolumbianer. Der Blutzoll war zwar hoch, doch hatte sich damit das Andenland zum «Musterschüler» der USA gemausert. Der befehlshabende Offizier Alvaro Valencia Tovar zog ein positives Fazit für seine Tuppen. Die Teilnahme am Korea-Krieg sei eine «außergewöhnliche Quelle für militärische Erfahrung» gewesen, die zur Modernisierung hinsichtlich der Doktrin, der Taktik, der Logistik und des Generalstabes beigetragen habe (Valencia Tovar 1989: 333). Die kolumbianische Armee legte sich immer mehr auf US-amerikanische Militärprinzipien fest. Mit geringem Blutvergießen endete nach 1956 die Entsendung von 1422 Armeee Angehörigen im Rahmen einer UNO-Friedensmission in Ägypten zur Überwachung des Abzugs der Invasionsarmeen Frankreichs, Großbritanniens und Israels (Escudero de Paz 1993: 239-240).

9 Die Allianz für den Fortschritt in den sechziger Jahren

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet nutzte Kolumbien geschickt die angebotene Hilfe der USA im Tausch gegen politische Loyalität (Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989: 35). Beispielsweise gelang es dem Andenland zwischen 1947 und

¹¹ Am 7. August 1818 gelang dem Befreiungsheer unter Simón Bolívar am Boyacá-Paß der entscheidende Sieg gegen die spanischen Truppen. Dadurch fiel der größte Teil Neu-Granadas in die Hände der Unabhängigkeitskämpfer. In Kolumbien gilt dieses Datum deshalb als Feiertag.

1972, die vierte Stelle bei Krediten von der Weltbank zu bekommen. Das mächtige Kreditinstitut war in Bogotá durch Berater vertreten, welche die Investitionen im Energie- und Transportbereich überwachten (Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989b: 43-45).

Als Reaktion auf die kubanische Revolution von 1959¹² setzte 1961 die Kennedy-Administration in Lateinamerika eine Entwicklungsinitiative in Gang. Nachdem die staatsinterventionistischen Reformvorschläge einer US-amerikanischen Mission Lauchlin Currie bei der Regierung Laureano Gómez noch wenig Gehör gefunden hatten (Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989b: 36), schwenkte die Regierung Alberto Lleras Camargo (1958-1962) als erste in Lateinamerika auf die *Allianz für den Fortschritt* ein, die ähnliche Grundsätze wie Lauchlin Currie propagierte. Entsprechend der zeitgenössischen Modernisierungsideologie wurde Kolumbien, das über einen starken privaten Sektor verfügte und seit 1958 von einem stabilen politischen Machtkartell (*Frente Nacional*) gelenkt wurde, von der *Agency for International Development* (AID) als «one of the major hopes for rapid development» betrachtet (Randall 1992: 233). Agenten der AID gaben sich im Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium die Türklinke in die Hand, betätigten sich als Politikberater und vertraten Kolumbien gar auf internationalen Foren. Zwischen 1961 und 1965 erhielt Kolumbien mehr als 833 Millionen US-Dollar in Form von Krediten oder Direkthilfe. Die AID, durch die die Dollars ins Land gebracht wurden, trug beispielsweise 1961/62 mit zwölf Millionen US-Dollar zum Bau von 18 000 Häusern für wenig begüterte Familien bei und überwies an die *Caja Agraria* acht Millionen US-Dollar, um Mittel für Kleinbauern bereitzustellen. Das Kernstück der Reformbestrebungen, die Agrarreform, geriet jedoch schon bald ins Stocken. Sie brachte nur wenigen *campesinos* Vorteile. Nicht nur in sozialer Hinsicht fiel die Bilanz der ambitionösen Entwicklungsinitiative erttäuschend aus; auch auf ökonomischem Gebiet blieben die beabsichtigten Wachstumseffekte weit hinter den Erwartungen zurück: Kolumbien, das zwischen 1961 und 1967 immerhin 11 % der gesamten Budgets der *Alianza para el Progreso* für sich beanspruchte, erzielte nur eine durchschnittliche jährliche Steigerung des Bruttosozialproduktes um 1,1 % (Randall 1992: 240; Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989b: 47-49). Kritiker bemängelten, daß innere politische und soziale Auseinandersetzungen die angestrebte Agrarmodernisierung behinderten und die Reformer in ihrem Bemühen, externe Finanzquellen zu erschließen, sich allzusehr den Interessen der USA unterordneten.

Im Unterschied zur Landwirtschaft kam der industrielle Sektor ohne externe Finanzspritzen aus. Der Schwerpunkt der industriellen Produktion verlagerte sich

¹² Kolumbien warf Kuba Menschenrechtsverletzungen vor und brach deswegen 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

allmählich von Massengütern auf Vorprodukte wie Papier, Gummi und Metalle, die von der Industrie selbst nachgefragt wurden, und auf hochwertige Konsumgüter wie zum Beispiel Fahrzeuge und Elektrogeräte. Hohe Importtarife und — seit 1967 — Importmengenbeschränkungen förderten diesen Umstrukturierungsprozeß.

10 Übergang zu einer selbständigen Außenpolitik in den siebziger Jahren

Seit den frühen siebziger Jahren entwickelte Kolumbien erstmals eine von den Interessen der USA unabhängige Außenpolitik. Alfredo Vásquez Carrizosa, der Außenminister unter Misael Pastrana Borrero (1970-1974), begründete die Forderung nach mehr politischer Selbständigkeit wie folgt: Effektive Gleichheit zwischen den Staaten, Nichtintervention, Verzicht auf Gewaltanwendung und Druckausübung sowie Respektierung des Rechts aller Länder, ihre politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme selbst auszuwählen, seien die unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Staaten (Vásquez Carrizosa 1974). In gleichem Maße, wie die Bedeutung der OAS und deren Agenturen sowie der Weltbank abnahm, rückten nun vermehrt die UNO, andere westliche Staaten, aber auch Lateinamerika sowie generell Entwicklungsländer, die einen «dritten Weg» einzuschlagen versuchten, ins Blickfeld der Außenpolitik und der Außenwirtschaft. Meinungsverschiedenheiten mit der Weltbank hinsichtlich der Abwertung des Peso führten dazu, daß zunehmend weniger Dollar für staatlich finanzierte Projekte zur Verfügung standen; das Versiegen dieser Finanzquelle wurde durch Direktinvestitionen von multinationalen Unternehmen, denen man eine Kapitalverbindung mit einheimischen Geldgebern zur Auflage machte, ausgeglichen (Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989b: 50).

Um das Marktpotential der Exportwirtschaft zu fördern, ohne übermächtigen Industrieländern im Wettbewerb zu unterliegen, strebte man parallel dazu die regionale Integration an. Am 16. Mai 1969 gründeten Kolumbien, Bolivien, Chile (bis 1976), Ecuador und Peru den *Andenpakt*, dem seit 1973 auch Venezuela angehörte. Der Anstoß zu diesem Wirtschaftsbündnis kam von der kolumbianischen Regierung Alberto Lleras Restrepo (1966-1970) und Chile. Das Bündnis der Andenstaaten bezweckte, durch Abbau von Zöllen im Binnenraum bei gleichzeitigem Zollprotektionismus gegen außen sowie Maßnahmen zur Förderung der Industrie und zur Integration im Inneren einen geschützten Binnenmarkt zu schaffen, der ein gleichmäßiges Wachstum aller beteiligten Andenländer erlaubte. Die 1970 erlassene Investitionsgesetzgebung war außerhalb der kommunistischen Welt die restriktivste. Lediglich *Joint Venture*-Firmen hatten Zugang zum Andenmarkt. In einigen Sektoren

(Handel, Transport, Telekommunikation, Banken) war ausländisches Kapital gänzlich untersagt.¹³ Die Entscheidungen des Gremiums wurden automatisch auf die nationale Gesetzgebung übertragen (Jouvin 1971: 57-71; López-Casero 1982: 364-367). Obwohl der *Andenpakt* verschiedentlich totgesagt wurde, ist doch eine unmittelbare Wirkung hervorzuheben: Die kolumbianische Wirtschaft ist mittlerweile aufs engste mit der venezolanischen verflochten. So paradox diese Tatsache angesichts der politischen Spannungen zwischen beiden Ländern erscheinen mag, gehören venezolanische Finanzgruppen derzeit zu den größten ausländischen Investoren in Kolumbien, und der Außenhandel mit dem ungeliebten Nachbarland nimmt mittlerweile ähnliche Dimensionen wie mit Deutschland und Japan an (McBeth 1993: 121-122). Um die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Liberalisierungswelle der neunziger Jahre zu mildern, bekräftigten die Mitgliedsländer des *Andenpaktes*, daß das Bündnis keinesfalls seine Bedeutung verloren habe; vielmehr sollten mit vereinten Kräften die Zolltarife koordiniert, die Modernisierung der Industrie vorangetrieben und die Transportmodernisierung fortgesetzt werden (Cárdenas 1993: 210-214).

1994 haben in Cartagena fünfundzwanzig freie Länder und zwölf abhängige Territorien die *Asociación de Estados del Caribe* mit ähnlichen Zielen wie der *Andenpakt* gegründet. Im gleichen Jahr ist sodann ein von der *Gruppe der Drei* (Mexiko, Kolumbien und Venezuela) unterzeichnetes Freihandelsabkommen in Kraft getreten. Von kolumbianischer Seite betrachtet man das Vertragswerk als mögliches Sprungbrett zum nordamerikanischen Freihandelsabkommen *NAFTA*. Die beachtenswerten Fortschritte in den Außenbeziehungen und der regionalen Integration vermögen freilich nicht über Deformationserscheinungen in der kolumbianischen Wirtschaft hinwegzutäuschen, die sich im Verlaufe des Jahrzehntelang praktizierten, rigiden Protektionismus herausgebildet haben.

Weitere Kennzeichen der kolumbianischen Außenpolitik der siebziger Jahre waren ein Staatsbesuch des chilenischen Präsidenten Salvador Allende im Jahr 1970, die Wiederaufnahme von Beziehungen mit Kuba im Jahr 1975 (sie wurden unter dem US-freundlichen Julio César Turbay Ayala 1981 vorübergehend unterbrochen), die Unterstützung des panamaischen Präsidenten Omar Torrijos bei den Kanalverhandlungen im Jahr 1977, die Anerkennung der Sandinisten als kriegführende Partei im nicaraguanischen Bürgerkrieg und der Einsatz für den Frieden im südlichen Afrika (Drekonja 1981: 78-82).

Nachdem unter Turbay Ayala (1978-1982) in Abstimmung mit den Zielen Ronald Reagans vorübergehend wieder eine Verschärfung der Position gegenüber sozialen Bewegungen in Dritte Welt-Ländern stattgefunden hatte, gelang es seinem Nachfolger Betancur erneut, sein Land auf einen unabhängigeren Kurs zu bringen. Ein wichtiger

¹³ Dies erklärt die starke Stellung kolumbianischer Unternehmen in diesen Wirtschaftsbereichen.

Schritt bedeutete diesbezüglich der Beitritt zu den *Blockfreien Staaten* im März 1982 unter Präsident Belisario Betancur (1982-1986) (Cepeda Ulloa / Pardo García-Peña 1989c: 86).¹⁴ Die wichtigste Etappe in der Gestaltung einer nicht mehr den US-Interessen untergeordneten Außenpolitik war aber Kolumbiens Wirken im zentral-amerikanischen Friedensprozeß im Rahmen der *Contadora-Gruppe*. Die Aktivitäten der 1983 formierten Gruppe, die ihren Namen vom Tagungsort, einer panamaischen Insel, ableitete, verdankten Betancur entscheidende Impulse. Mit diplomatischem Geschick versuchte der kolumbianische Präsident zu verhindern, daß Lateinamerika in eine Neuauflage des Kalten Krieges hineingezogen wurde. Er projizierte seine innenpolitische Strategie, das Land durch Verhandlungen mit den bewaffneten Rebellen zu befrieden, auf den zentralamerikanischen Raum. Erstmals bekam die kolumbianische Diplomatie einen aktiven, offensiven Charakter. Das Andenland rückte von seinen bisherigen Prämissen der Gestaltung der internationalen Beziehungen ab und führte informelle Gespräche sowie *ad hoc*-Entscheidungen als neue Elemente in sein diplomatisches Instrumentarium ein. Nach seiner ersten Rundreise durch Mexiko, Venezuela und Panamá formulierte Betancur einen ersten Vorschlag für die Konfliktzone Lateinamerika: Abzug aller Militärberater, Einstellung der Waffenlieferungen in die Konfliktländer, Wiederbelebung der Wirtschaft, Verbesserung der politischen Mitbestimmung und die Sicherung von Minderheitsrechten. Die *Blockfreien Staaten* sowie die *Sozialistische Internationale* unterstützten diese Initiative des *spiritus rector* des zentralamerikanischen Friedensprozesses (Dietrich 1990: 131). Nach nahezu ergebnislosen Verhandlungen verpflichteten sich 1983 die Präsidenten der zentralamerikanischen Länder in einer Absichtserklärung, noch im selben Jahr Schritte hinsichtlich Abrüstung, Einhaltung der Menschenrechte, Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung zu unternehmen. In der Folge wurden insgesamt vier Versionen der *Contadora-Friedensakte* ausgearbeitet, doch erzielte die Gruppe keine wirklichen Fortschritte mehr zur Versöhnung der verfeindeten Gesellschaftsteile Zentralamerikas (Pardo / Tokatlian 1988: 183-190). Ein Verdienst der *Contadora-Gruppe* bestand jedoch darin, daß die weiteren Friedensbemühungen in Zentralamerika an die von ihr initiierte Verhandlungsdiplomatie anknüpften.

Kolumbien gab seine moralische Politik im späteren Verlauf des zentralamerikanischen Friedensprozesses nie ganz auf. Bei den Wahlen in Nicaragua von 1990 war das Land mit Beobachtern präsent. Auch bei der Aussöhnung zwischen der rechtsgerichteten ARENA-Partei und den FMLN-Guerrilleros in El Salvador war Kolumbien durch den Chef der UNO-Überwachungsmission der Friedensverträge, Augusto

¹⁴ Beim letzten Treffen der *Blockfreien Staaten* im Oktober 1995 in Cartagena hat das Andenland, dem das Präsidium zufiel, seine aktive Rolle in dieser Bewegung erneut bestätigt.

Ramírez Ocampo, sowie durch den Ex-Präsidenten Betancur als Leiter der Wahrheitsfindungskommission prominent vertreten (Escudero de Paz 1993: 242-244). Einer gewissen tragischen Komponente entbehrt das kolumbianische Engagement in Zentralamerika freilich nicht: Konnte nämlich in El Salvador und Nicaragua die politische Gewalt in den letzten Jahren erheblich vermindert werden, so geht diese im Andenland mit unverminderter Heftigkeit und ohne Aussicht auf baldige Beendigung weiter.

11 Die Beziehungen zu Europa

In dem Maße, wie die USA ihre Funktion als Orientierungspunkt der kolumbianischen Außenpolitik einbüßten, wurde Europa wieder vermehrt ins Kalkül einbezogen. Auf informeller Ebene hatten sich — ausgehend von politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Entwicklungsorganisationen und Frauengruppen in der Alten Welt — bereits seit den ausgehenden siebziger Jahren rege Kontakte entwickelt. Die formellen wirtschaftlichen Kontakte wurden vor allem über den *Andenpakt* abgewickelt, der von der EG als südamerikanisches Gegenstück eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses demokratischer Länder betrachtet wurde. Dem *Andenpakt* gelang es nicht in dem gewünschten Maße, den EG-Zollprotektionismus und die Kontingentierungspolitik zu beseitigen; die Andenländer erhielten für ihr Projekt nur finanzielle, technische und logistische Hilfszusagen (Ramírez León 1991: 46-47). Die bilateralen Beziehungen einzelner europäischer Staaten gestalteten sich noch weniger erfolgreich: Von einer Reise nach Europa im Jahr 1979 brachte Turbay Ayala lediglich einige Kulturabkommen (mit Frankreich und England), die Zusicherung technischer Hilfe (von Spanien und England) und wirtschaftliche Kooperationsangebote (von Frankreich und Spanien) mit (Ramírez León 1991: 50). Die Beziehungen zu Europa verschlechterten sich infolge des Konfliktes zwischen Argentinien und Großbritannien um die Malwinen-Inseln im Jahr 1982 sogar noch, obwohl Turbay Ayala im Gegensatz zu den übrigen lateinamerikanischen Regierungen eine für Großbritannien relativ günstige Haltung eingenommen hatte. Auf politischer Ebene überwandern seit dem Amtsantritt Betancurs die Regierungen Frankreichs und Spaniens die zuvor gezeigte Indifferenz, was sich besonders in deren Unterstützung der Contadora-Friedensgespräche manifestierte. Felipe González als spanischer Regierungschef und Willy Brandt in seiner Funktion als Präsident der *Sozialistischen Internationale* waren in diesem Zusammenhang 1983 in Kolumbien zu Gast. In die Amtszeit Betancurs fällt auch ein 1983 in Cartagena ausgehandeltes Abkommen zwischen dem *Andenpakt* und der EG; wegen der Verzögerung in der Ratifizierung trat das Vertragswerk erst

1987 in Kraft. Seither sind zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken verschiedene Abkommen über ökonomische Kooperation, Entwicklungshilfe und Meistbegünstigung unterzeichnet worden. Kolumbien beklagt allerdings weiterhin Zollrestriktionen und Kontingentierungen bei der europäischen Einfuhr von Blumen und Bananen. Daran vermochte auch ein dreitägiger Staatsbesuch des Präsidenten Ernesto Samper im Herbst 1995 in Deutschland, der stärksten Wirtschaftsmacht innerhalb der EU, nichts zu ändern.¹⁵

12 Die neoliberale Wende

Hatten die kolumbianischen Eliten seit dem Zweiten Weltkrieg einem auf die Binnenwirtschaft ausgerichteten und durch einen starken Exportsektor ergänzten Entwicklungsmodell gehuldigt, so trat das Land unter den Präsidenten Virgilio Barco (1986-1990) und César Gaviria (1990-1994) in eine Phase wirtschaftlicher Öffnung.¹⁶ Zwei Gründe erzwangen diesen fundamentalen Wandel: Einerseits mußten die kolumbianischen Wirtschaftsführer erkennen, daß das Spektrum möglicher «Partner» für technische, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit seit der immer offensichtlicher werdenden wirtschaftlichen Blockbildung in Europa sowie dem nördlichen Amerika zusammengeschrumpft war. Andererseits drängte sich unabhängig von globalen Veränderungen in einigen Bereichen der Binnenwirtschaft ein radikaler Kurswechsel auf, um die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Industrie zu erhöhen. Um kostenintensive Modernisierungsprojekte finanziell verwirklichen zu können, bemühte sich daher das Andenland seit Mitte der achtziger Jahre wieder verstärkt um eine Annäherung an die Weltbank und den IWF mit ihren neoliberalen Zielsetzungen. Daneben wurden nach und nach die Voraussetzungen für die bedingungslose Förderung ausländischer Direktinvestitionen geschaffen. In den entscheidenden Gesetzen aus den Jahren 1990 und 1991 wurde der freie Kapitalimport ohne vorherige Zustimmung des *Departamento de Planeación* festgelegt. Nur für Investitionen in die Elektrizitätsbranche, die Post, die Massenmedien, die Großbanken sowie Minen, wo ein nationales Interesse geltend gemacht wird, bedarf es noch offizieller Zustimmung. Der Devisentausch ist seit 1991 frei; die 1967 eingeführte Kontingentierung gilt als abgeschafft. Die Besteuerung der Dividenden und Erträge von Gesellschaften mit Sitz im Ausland wurde gesenkt; ausländische Konzerne können seither über die Gewinne frei verfügen. Wichtige Punkte der *Apertura* sind sodann die Senkung der Importzölle und die

¹⁵ Vgl. *El Espectador*, 8. Oktober 1995, S. 3; *Handelsblatt*, 6./7. Oktober 1995, S. 12.

¹⁶ Vgl. den Aufsatz von Álvaro Zerda Sarmiento über die neoliberale Wende in Kolumbien (in diesem Band).

Erleichterung des Devisentauschs (McBeth 1993: 145-146; 148-149, 152-157). Der exportorientierten Landwirtschaft fällt wieder eine stärkere Bedeutung innerhalb der Gesamtentwicklung zu. Der Kaffee leidet allerdings immer wieder unter tiefen Preisen, und Blumen sowie Bananen unterliegen, wie erwähnt, in Europa und den USA erheblichen Importrestriktionen (Cardona C. 1992; Vásquez Carrizosa 1993: 208). Die Anpassungsprozesse der krisengeschüttelten einheimischen Industrie wurden durch die «Öffnung» beschleunigt.¹⁷ Die Hoffnung der Architekten der *Apertura*, daß das Andenland neben Mexiko, Argentinien und Chile zum bevorzugten Standpunkt ausländischer Firmen werden könnte, hat sich bislang nur teilweise erfüllt. Der Drogenhandel und die unverminderte Gewalt tragen zum schlechten *image* unter ausländischen Investoren bei. Immerhin wurden für 1995 erstmals ausländische Investitionen im Umfang von über drei Milliarden US-Dollar gemeldet (*Semana* vom 10.-17. Oktober 1995, S. 72). Um die negativen Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Liberalisierung etwas abzufedern, hat Präsident Samper (seit 1994) in seinem Regierungsprogramm eine «zweite Phase» der *Apertura* proklamiert, in der «Sozialinvestitionen», Verbesserungen der Chancen für die einheimische Industrie und Technologieimport aus dem Ausland dafür sorgen sollen, daß der neue Kapitalismus in Kolumbien ein menschlicheres Antlitz bekommt (Pardo 1994: 3).

13 Die Drogenpolitik

Stellt für den Großteil der Exportwirtschaft der Zugang zu den Blöcken der Weltwirtschaft weiterhin ein beträchtliches Hindernis dar, so scheinen Zollmauern und Importkontingentierungen für die Ausfuhr von Rauschgift, das für die illegalen Märkte Nordamerikas und Europas bestimmt ist, kein Problem darzustellen. Wegen wachsender Besorgnis über die Marihuana-Ausfuhr nach Nordamerika hatte sich bereits die Regierung Turbay Ayala, die ökonomische und internationale Lösungen favorisierte, dem Druck der USA gebeugt und sich 1978 zu einer Offensive gegen Produktion und Export in La Guajira hinreißen lassen. Die 10 000 an der «Operación Fulminante» beteiligten Soldaten wurden 1980 mangels durchschlagender Erfolge abgezogen. Die Drogenfahnder setzten die Vernichtung von Rauschgiftpflanzen durch das Versprühen von Herbiziden fort. Die US-Hilfe für die Drogenbekämpfung kletterte von weniger als 2,5 Millionen US-Dollar im Jahr 1978 auf 16 Millionen US-Dollar im Jahr 1980. Unter anderem baute die Regierung damit eine Drogenpolizei auf. 1979 wurde auf höchster Ebene zwischen den USA und Kolumbien ein Abkommen über die Auslieferung von Drogenhändlern ausgehan-

¹⁷ Vgl. den Aufsatz von Rainer Dombois über die Industrialisierung Kolumbiens (in diesem Band).

delt, das 1982 nach der Ratifizierung im kolumbianischen Kongreß und dem US-Senat in Kraft trat. Erst seit diesem Zeitpunkt war das Thema Drogenbekämpfung innerhalb Kolumbiens politisiert. Seit der Diskussion um die Abtrennung Panamá's hatte kein außenpolitisches Thema die kolumbianische Bevölkerung so gespalten wie die Frage der Auslieferung von Drogenhändlern an US-Gerichte. Nicht nur die Gesetzesbrecher aus Medellín und dem Magdalena Medio stellten ihre juristischen Kenntnisse unter Beweis, indem sie alle Rechtsmittel ausschöpften, um den Vertrag rückgängig zu machen; auch unbefangene Kritiker wandten ein, daß das Abkommen wegen der Aushebelung der nationalen Gerichtsbarkeit rückgängig gemacht werden müsse. Es handle sich, wurde argumentiert, um einen unnötigen und unwürdigen Souveränitätsverzicht, der einer freiwilligen Kapitulation vor dem *Tío Sam* gleichkomme (Arrieta / Orjuela / Sarmiento Palacio / Toka Hián 1991: 296-308). Die *narcotraficantes* nutzten die US-feindliche Stimmung geschickt aus, meldeten sich in der Presse direkt oder über Strohleute zu Wort, organisierten sich auf nationaler Ebene und versuchten, Politik, Administration, Justiz und Militär mit Bestechungsgeldern, Einschüchterungsversuchen und Gewalt gefügig zu machen.¹⁸

Gestützt auf den *Anti Drug Abuse Act* aus dem Jahr 1986 wurde in den USA in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre für den Andenraum eine angebotsorientierte Politik konzipiert, deren Ziel die bedingungslose Durchsetzung von Antidrogengesetzen durch Repression (*law enforcement*) und Zerstörung der Kokapflanzungen (*crop eradication*) war. Kolumbianische Regierungen, die dem US-Druck zur Eindämmung der Kokaproduktion und der Verarbeitung der Blätter zu Kokain sowie zur Ausschaltung von *narcotraficantes* nicht nachgaben, mußten damit rechnen, daß im alljährlichen «Zertifizierungsprozeß» durch den Kongreß die Wirtschafts- und Militärhilfe gekürzt wurde.¹⁹ In Bogotá und den drogenproduzierenden «Hauptstädten» Medellín und Cali bemühte sich neben Botschaftsangestellten das Personal des AID und der *Drug Enforcement Administration* (DEA), der Drogenpolizei beratend beizustehen, Informationen über Drogenproduktion und -handel zu sammeln, korrupte Regierungsmitglieder, Parlamentspolitiker, Richter, Beamte und Militärs durch Konfrontation mit den Fakten zur «Räson zu bringen» sowie — bei Uneinsichtigkeit — deren polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung zu erwirken (Fischer 1994: 10-13).

Die Militarisierung des «Drogenkrieges» in Kolumbien drückt sich durch folgende Zahlen aus: 1988 sicherten die USA dem Andenland 15 Millionen US-Dollar für die

¹⁸ 1991 wurde im Artikel 35 der neuen Verfassung definitiv eine Auslieferungssperre verankert.

¹⁹ Unter «Zertifizierung» versteht man das Ausstellen einer Bescheinigung durch die USA für genügenden Einsatz im Kampf gegen Drogenproduktion und -handel. «Dezertifizierung» ist das Verweigern dieser Bescheinigung.

militärische Drogenbekämpfung (und zusätzlich fünf Millionen US-Dollar für den Schutz von Richtern) zu; 1989 «investierten» die USA darüber hinaus nach der Ermordung Galáns zusätzliche 65 Millionen US-Dollar in die militärische Drogenbekämpfung in Kolumbien. In den folgenden Jahren machte die Administration Bush im Rahmen der *Andeninitiative* vergleichbare Beträge zu festen Budgetposten (Arrieta / Orjuela / Sarmiento Palacio / Toka Hián 1991: 334-344). Allerdings ging mit der militärischen Kampagne gegen das Medellín-Kartell eine Zunahme des «Drogenterrorismus» gegen Politiker, Juristen, Beamte, Journalisten und — immer häufiger — die Zivilbevölkerung einher.

Auf dem «Drogengipfel» entschärfte sich für Kolumbien die bedrohliche Situation etwas, nachdem die Andenländer dem neu gewählten Präsidenten Gaviria den Rücken gestärkt hatten und George Bush in der Frage der Drogenbekämpfung erstmals Kooperationsbereitschaft signalisierte. Von der am 15. Februar 1990 ausgehandelten *Deklaration von Cartagena* erhoffte sich Kolumbien einen Wandel hin zu einer Verständigungspolitik unter Einbeziehung wirtschaftlicher und sozialer Probleme (Fischer 1994: 18-19). Kurz darauf verkündeten Pablo Escobar und andere *narcotraficantes* ihre «Aufgabe». Die nach und nach in die Medien durchsickernden Bedingungen des *patrón* für dessen Überstellung an kolumbianische Gerichte, Berichte über die lockeren Verhältnisse im Luxusgefängnis Envigado und vor allem die Flucht des Drogenbosses im Juli 1992 bestätigten jedoch die US-Befürchtungen, daß in Kolumbien weder Regierung noch Justiz Herr der Lage waren.

Als jedoch führende Politiker in Kolumbien laut über die Legalisierung des Drogenkonsums nachdachten und der Staatsanwalt Gustavo de Greiff die *narcotraficantes* in Cali mit der Aussicht auf Strafmilderung zur Aufgabe ihres lukrativen Geschäftes lockte, geriet die Regierung Gaviria wegen ihrer «flexiblen Politik» erneut unter Druck. Besonders die *hardliners* im DEA begegneten dem Vorschlag Gavirias, die Drogenbekämpfung in einen internationalen und einen nationalen Bereich aufzuteilen, mit Unverständnis: Nach Gaviria sollte sich die internationale Rechtsprechung der Verbrechen der *narcotraficantes*, Lieferanten von Chemikalien und Geldwäscher annehmen, während die Bekämpfung des Mafiaterrors in nationale Zuständigkeitsbereiche gehörte.

Auch die Regierung Samper, die nach der Überwindung des «Drogenterrors» die kolumbianischen Interessen auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung in der Eindämmung der «Drogenkorruption» sieht, konnte ihre Botschaft nicht glaubhaft vermitteln (Leal Buitrago / Tokatlian 1994: 110-113). Obwohl mittlerweile die Spitze des Cali-Kartells inhaftiert oder ermordet ist, geriet Samper selbst in den Verdacht, die Wahl nur dank Drogengeldern gewonnen zu haben. «Narcowirtschaft», «Narcode-mokratie», «Narcostaat»: In Washington ist gegenwärtig das Vertrauen, in Kolumbien

glaubwürdige Partner für die Drogenbekämpfung zu finden, zutiefst erschüttert, ja die Entscheidungsträger in den USA scheinen derzeit in Kolumbien das «Epizentrum» des Drogenproblems ausgemacht zu haben (*El Espectador* vom 15. Januar 1995, S. 3). Nur so läßt sich erklären, daß der einstige «Musterschüler» der Beziehungen der USA mit Lateinamerika im März 1996 vom Weißen Haus erstmals «dezertifiziert» wurde. Trotz eines Gesetzes, das den aus illegalen Drogengeschäften erworbenen Besitz für illegal erklärt, eines weiteren Gesetzes zur Strafverschärfung für Drogendelikte und einer deutlich härteren Gangart gegenüber den Kokabauern erteilte Washington Kolumbien auch im darauffolgenden Jahr die Bescheinigung nicht. Höchste Regierungsstellen haben signalisiert, daß dies ohne die Wiederauslieferung von Drogensündern an die USA und den Abgang Sampers nicht möglich sei. Kolumbien muß bei ausbleibenden Erfolgen in der Drogenbekämpfung mit Kürzungen der Wirtschaftshilfe, dem Boykott internationaler Kredite (IWF und *Inter-american Development Bank*) und schlimmstenfalls sogar mit einer Verschärfung der Einfuhrbeschränkungen in die USA rechnen. In der Öffentlichkeit des Andenlandes steht *descertificación* sinnbildlich für die rapide Verschlechterung der Beziehungen zum ungleichen Partner. Ein freundschaftliches Verhältnis zu den USA bei gleichzeitig divergierenden Meinungen, wie es die Regierung Samper zu Beginn ihrer Amtszeit anstrebte, ist derzeit undenkbar.

14 Zusammenfassung

Für Kolumbien begann das zwanzigste Jahrhundert mit der Abtrennung der Isthmuszone, und es geht mit Turbulenzen im «Drogenkrieg» zu Ende. Der Schock der Abtrennung Panamás lastete traumatisch auf der kolumbianischen Außenpolitik. Sowohl die Abtrennung Panamás als auch das Erstarken der Drogenmafia verweisen auf gravierende Schwächen des kolumbianischen Staatsgebildes; die Zentralmacht war und ist nicht in der Lage, ihr Gewaltmonopol wirksam gegen partikuläre Interessen durchzusetzen.

Die Realpolitiker in Bogotá erkannten seit den zwanziger Jahren, daß die USA als Hegemonialmacht die Determinante für die ökonomische, staatlich-institutionelle und militärische Entwicklung bildeten. Rückblickend läßt sich sagen, daß die kolumbianischen Diplomaten trotz der Dependenzsituation, in der sich das Andenland befand, in ihrem Bemühen, finanzielle, technische und logistische Mittel für die wirtschaftliche und infrastrukturelle Modernisierung, die militärische Professionalisierung und die Neuordnung des Bildungswesens zu beschaffen sowie die Bedingungen für die Exportwirtschaft zu verbessern, relativ geschickt agierten. Die «pragmatische Subordination» ging so weit, daß das Andenland als Juniorpartner der USA am

Korea-Krieg teilnahm, als im Inneren ein zerstörerischer Bürgerkrieg tobte. Über die ökonomischen und institutionellen Prämissen der Außenbeziehungen herrschte bei den sonst heillos zerstrittenen liberalen und konservativen Eliten seltene Einmütigkeit. Wenn die Außenpolitik — wie etwa bei der Konzessionsvergabe an US-amerikanische Erdölgesellschaften — zum Gegenstand öffentlicher Kritik wurde, war dies meist der Anlaß, über Mißstände der nationalen Politik zu reflektieren, ohne die Leitlinien der internationalen Beziehungen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Durch die Gründung der OAS änderten sich die Grundlinien der kolumbianischen Außenpolitik insofern, als sich nun die Gelegenheit ergab, innerhalb Amerikas als Anwalt des internationalen Rechts, der Nichtintervention in innere Angelegenheiten und der friedlichen Beilegung von Konflikten aufzutreten. Indem das Andenland auf verbale Attacken gegenüber der Hegemonialmacht verzichtete, öffnete es den Handlungsspielraum für eine verhältnismäßig erfolgreiche Entwicklungspolitik, deren hauptsächliche Ziele die importsubstituierende Industrialisierung und der Aufbau der Infrastruktur waren. Der Verzicht auf die sonst bei lateinamerikanischen Staaten häufige anti-US-amerikanische Begleitrhetorik erleichterte sodann nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes, sich auf die neuen globalen Bedingungen einzustellen und relativ geräuschlos den *apertura*-Prozeß einzuleiten.

Mitte der siebziger Jahre erfuhr die kolumbianische Außenpolitik einen grundsätzlichen Wandel, indem sich das Land von der US-Vorherrschaft emanzipierte. Ausdruck der nun beanspruchten Autonomie in der Gestaltung der Außenbeziehungen war das Bemühen um die Diversifizierung der diplomatischen Kontakte sowie die Suche nach neuen Partnern in der Außenwirtschaft. Auf ökonomischem Gebiet ist besonders die treibende Rolle Kolumbiens im *Andenpakt* hervorzuheben.

Betancurs Friedensdiplomatie wurde aber angesichts der innerkolumbianischen Gewalteskalation im «Schmutzigen Krieg» gegen die Guerrilla und ihre Sympathisanten sowie im Krieg gegen das Medellín-Kartell schon bald obsolet: Ohne Erfolge bei der Pazifizierung im eigenen Land vorweisen zu können, wirkt jede im Ausland vertretene Friedenspolitik unglaubwürdig. Seit Mitte der achtziger Jahre wurden die bilateralen Beziehungen immer mehr vom Drogenthema dominiert. Kolumbianische Regierungen waren gezwungen, auf die von außen herangetragenen Forderungen *crop eradication* und *law enforcement* einzugehen, ohne glaubwürdige Alternativrezepte zu entwickeln. Nicht nur infolge der Druckausübung durch die USA, sondern auch wegen globaler politischer und wirtschaftlicher Veränderungen hat sich der Handlungsspielraum für eine eigenständige Außenpolitik verengt.

15 Literaturverzeichnis

- Abel, Christopher (1987): *Política, iglesia y partidos en Colombia, 1886-1953*, Medellín: FAES.
- Arbena, Joseph L. (1976): «Colombian Reactions to the Independence of Panama, 1903-1904», in: *The Americas* 33 (Juli 1976), S. 130-148.
- Arrieta, Carlos Gustavo / Orjuela, Luis Javier / Sarmiento Palacio, Eduardo / Toka Hián, Juan Gabriel (1991): *Narcotráfico en Colombia: dimensiones políticas, económicas, jurídicas e internacionales*, Bogotá: Tercer Mundo Editores.
- Atehortúa Cruz, Adolfo León / Vélez Ramírez, Humberto (1994): *Estado y Fuerzas Armadas en Colombia (1886-1953)*, Cali: Tercer Mundo Editores.
- Bushnell, David (1985): *Eduardo Santos y la política del Buen Vecino*: Bogotá: El Áncora Editores [englischsprachige Erstausgabe 1967].
- Cárdenas, Manuel José (1993): «La integración andina: inicio de una nueva etapa», in: *Revista Javeriana* 119/594, S. 210-215.
- Cardona C., Diego (1992): «El primer bienio de la administración Gaviria: algunas reflexiones sobre su política exterior», in: *Colombia internacional* 19, S. 3-10.
- Cavelier, German (1959): *La política internacional de Colombia*, Bd. 2: 1860-1903, Bogotá: Iqueima.
- Cepeda Ulloa, Fernando / Pardo García-Peña, Rodrigo (1989a): «La política exterior colombiana (1930-1946)», in: Tirado Mejía, Alvaro (Hrsg.): *Nueva Historia de Colombia*, Bd. 3, Bogotá: Planeta, S. 9-28.
- Cepeda Ulloa, Fernando / Pardo García-Peña, Rodrigo (1989b): «La política exterior colombiana (1946-1974)», in: Tirado Mejía, Alvaro (Hrsg.): *Nueva Historia de Colombia*, Bd. 3, Bogotá: Planeta, S. 29-54.
- Cepeda Ulloa, Fernando / Pardo García-Peña, Rodrigo (1989c): «La política exterior colombiana (1974-1986)», in: *Nueva Historia de Colombia*, Bd. 3, Bogotá: Planeta, S. 55-90.
- Conniff, Michael L. (1992): *Panama and the United States: The Forced Alliance*, Athens; London: The University of Georgia Press.
- Dietrich, Wolfgang (1990): *Die Bemühungen um den Frieden in Zentralamerika, 1983-1989*, Frankfurt am Main; New York: Campus.
- Donadio, Alberto (1995): *La Guerra con el Perú*, Bogotá: Planeta.
- Drake, Paul W. (1989): *The Money Doctor in the Andes: The Kemmerer Missions 1923-33*, Durham; London: Duke University Press.
- Drekonja, Gerhard (1982): *Retos de la política exterior colombiana*, Bogotá: Fondo Editorial CEREC.

- Escudero de Paz, Angel (1993): «Participación de Colombia en el sistema de las Naciones Unidas», in: *Revista Javeriana* 119/594, S. 202-215.
- Fischer, Thomas (1991): «Schweizer Militärhilfe für die kolumbianische Armee in der Zwischenkriegszeit», in: Bernecker, Walther L. / Fischer, Thomas (Hrsg.): *Unheimliche Geschäfte: Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert*, Zürich: Chronos, S. 189-217.
- Fischer, Thomas (1994): «Der 'Drogenkrieg' der USA und die Andenländer Bolivien, Peru und Kolumbien in den 80er Jahren», in: *Hispanorama* 66, S. 10-23.
- Fischer, Thomas (1995): «El caso Cerruti: eine Fallstudie zum Verhältnis von staatlicher Autorität und ausländischer Einflußnahme in Kolumbien im ausgehenden 19. Jahrhundert», in: Guthunz, Ute / Fischer, Thomas (Hrsg.): *Lateinamerika zwischen Europa und den USA: Wechselwirkungen, Wahrnehmungen und Transformationsprozesse in Politik, Ökonomie und Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 57-85.
- Galvis, Silvia / Donadio, Roberto (1986): *Colombia Nazi 1939-1945*, Bogotá: Planeta.
- Jouvin, Jean-Jacques (1972): «Le bloc andin: structures, objectifs, perspectives», in: *Problèmes d'Amérique Latine* 26/3949-3950, S. 57-71.
- Londoño Paredes, Julio (1991): *La frontera terrestre Colombo-venezolana: el proceso de la fijación de 1492-1941*, Bogotá: Banco de la República.
- López, Alejandro (1990): «Realizaciones, limitaciones y tensiones internas de la Misión Kemmerer en Colombia», in: El Banco de la República: *Antecedentes, evolución y estructura*, Bogotá: Banco de la República, S. 239-249.
- López-Casero, Francisco (1982): «Der Andenpakt: Pacto Andino, auch: El Acuerdo de Cartagena», in: Waldmann, Peter, unter Mitarbeit von Ulrich Zelinsky (Hrsg.): *Politisches Lexikon Lateinamerika*, München: Beck, S. 364-367.
- McBeth, Brian (1993): *Colombia*, London: Euromoney Publications.
- Ocampo, José Antonio / Montenegro, Santiago (1987): «Crisis mundial y cambio estructural (1929-1945)», in: Dieselben (Hrsg.): *Historia económica de Colombia*, Bogotá: Siglo veintiuno, S. 210-242.
- Orozco Abad, Iván (1988): *Die Gestaltung des Ausnahmezustandes in Kolumbien*, Saarbrücken; Fort Lauderdale: Breitenbach.
- Ospina Sánchez, Gloria Inés (1988): *España y Colombia en el siglo XIX: Los orígenes de las relaciones*, Madrid: Instituto de Cooperación Iberoamericana.
- Pardo, Rodrigo / Juan Tokatlian (1988): *Política exterior colombiana ¿De la subordinación a la autonomía?*, Bogotá: Universidad de los Andes.
- Pardo, Rodrigo (1994): «Algunos aspectos de la política exterior colombiana en la administración Samper», in: *Colombia internacional* 27, S. 3-8.

- Ramírez León, José Luis (1991): «Las relaciones internacionales de Colombia con la Comunidad Económica Europa», in: Fundación Friedrich Ebert (Hrsg.) (1992): *Colombia y América Latina, frente a Europa 1992*, Bogotá: Fundación Friedrich Ebert, S. 13-73.
- Randall, Stephen J. (1992): *Colombia and the United States: Hegemony and Interdependence*, Athens; London: The University of Georgia Press.
- Tokatlian, Juan G. / Leal Buitrago, Francisco (1984): «NARCOU.S.A.», in: *Análisis Político* 22, S. 110-114.
- Torres del Río, César (1992): *Diplomacia y Guerra Fría: América Latina 1945-1948*, Bogotá: Fundación Nueva Epoca.
- Tovar Zambrano, Bernardo (1984): *La intervención económica del Estado en Colombia 1914-1936*, Bogotá: Banco Popular.
- Tyler Parks, E. (1968): *Colombia and the United States 1765-1934*, New York: Greenwood Press Publishers [Erstausgabe 1934].
- Valencia Tovar, Alvaro (1989): «Historia militar contemporánea», in: Tirado Mejía, Alvaro (Hrsg.): *Nueva Historia de Colombia*, Bd. 2, S. 295-340.
- Vásquez Carrizosa, Alfredo (1973): *El Concordato de Colombia con la Santa Sede: Julio de 1973*, Bogotá: Ministerio de Relaciones Exteriores.
- Vásquez Carrizosa, Alfredo (1974): «Relaciones exteriores de Colombia», in: *Revista Javeriana* 82/407, S. 136-149.
- Vásquez Carrizosa, Alfredo (1993): «La política internacional de Colombia hasta la época neoliberal», in: *Revista Javeriana* 119/594, S. 202-214.
- Vázquez Cobo, Alfredo (1985): *Pro Patria: la expedición militar al Amazonas en el conflicto de Leticia*, Bogotá: Banco de la República.
- Villegas, Jorge (1982): *Petróleo oligarquía e imperio*, Bogotá: El Áncora Editores.
- Wolff, Reinhard (1974): *100 Jahre deutsch-kolumbianische Beziehungen 1845-1945*, Bogotá: Italgraf.